



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Newsletter Nr. 24 vom 29.11.2018

Inhalt

Schwerpunkt: Engagement in Ostdeutschland

- MdB Patzelt: Demokratie und Ostdeutschland
- Hein/ MdB Korte: Bereicherung für die Gesellschaft statt Notnagel
- Bauer: Demokratie und Ostdeutschland
- Ebert: Engagiert für Demokratie
- Ulrich/ Zepp: Deutsche Transformationserfahrungen im Vergleich

Länder

- Koalitionsantrag NRW: Zuwendungsrecht vereinfachen
- Interkulturelles bürgerschaftliches Engagement: Fachveranstaltung
- Collaborative Leadership Programm 2019
- Bürgerschaftsoffensive gegen Neonazi-Festivals im ländlichen Raum
- Studienbericht »Nachbarschaftskulturen«

Aktuelles aus Engagementpolitik und -debatte

- Haushalt des federführenden Bundesengagementministeriums
- Dritter Engagementbericht beauftragt
- Wiedervorlage Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen
- Verkehrspolitische Rache an DUH via Gemeinnützigkeitsrecht?
- Fehlerkorrektur: Link zur Bilanz des Freiwilligendienstes »weltwärts«

Aktuelles aus dem BBE

- 19. Mitgliederversammlung des BBE
- Neue Mitglieder im BBE
- Jahresempfang 2018 des BBE

Veranstaltungen, Ausschreibungen, Publikationen

- »Jugendkulturen & Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«: Fachtag
- DRK-Wohlfahrtskongress 2019
- »Aktiv werden! Für Demokratie - gegen Ausgrenzung«: Weiterbildung
- »MITEINANDER REDEN«: Ideenwettbewerb
- »Zivilgesellschaftliche Watchdogs«: Forschungsjournal
- »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«: Publikation
- Lexikon Direkte Demokratie: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: ENGAGEMENT IN OSTDEUTSCHLAND

MdB Patzelt: Demokratie und Ostdeutschland

Eine autobiografisch reflektierte Spurensuche nach dem Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement, Demokratie und Ostdeutschland unternimmt Martin Patzelt, Mitglied des Bundestages mit Direktmandat im Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree und für die CDU/CSU-Fraktion Mitglied in den Bundestagsausschüssen Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Familie und Bürgerschaftliches Engagement. Patzelt spürt den gewachsenen Zweifeln vieler Ostdeutscher an der Demokratie nach und zeigt die Vielschichtigkeit der Gründe dafür, wie etwa: eine Entwertung von Lebensläufen, Verlusterfahrungen oder die Ersetzung der alten Ost-Eliten durch westdeutsche Aufbauhelfer*innen. Dagegen können Möglichkeiten der Auseinandersetzung und Mitgestaltung und die damit verbundene Verantwortungsübernahme in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, aber auch Zuhören helfen: »Wenn man die erste Strophe der DDR-Nationalhymne, die sehr gut zur Melodie des Deutschlandliedes passt, als zweite Strophe für die Nationalhymne genommen hätte, hätten wir einen sehr schönen Text, was auch heute noch für viele Ostdeutsche als versöhnliche Geste gesehen würde.«

[Beitrag von MdB Martin Patzelt](#) (HTML)

[Beitrag von MdB Martin Patzelt als PDF herunterladen](#) (174 kB)

[nach oben](#)

Hein/ MdB Korte: Bereicherung für die Gesellschaft statt Notnagel

Ursachen für geringeres Engagement in Ostdeutschland und Wege, diese zu beseitigen, diskutieren Dr. Rosemarie Hein, ehemalige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und im Landtag von Sachsen-Anhalt, sowie Jan Korte, Mitglied des Bundestages und 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE mit dem Wahlkreis Anhalt. Dabei sehen sie die wesentlichen Ursachen in der Zeit seit der Wiedervereinigung: Deindustrialisierung, massenhafter Verlust von Arbeitsplätzen, Entwertung von Lebens- und Berufsbiografien vieler Menschen, Niedriglohnsektor und niedrige Löhne gehen überall mit schwindendem Engagement her, auch im Westen. Demokratieabträglich ist zudem der Rückzug des Staates und die Nutzung von Ehrenamt als Notnagel: »Für die Politik ist es höchste Zeit, den heruntergesparten Staat wieder aufzubauen und zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern an einer funktionierenden, solidarischen Gesellschaft zu arbeiten.«

[Beitrag von Dr. Rosemarie Hein und MdB Jan Korte](#) (HTML)

[Beitrag von Dr. Rosemarie Hein und MdB Jan Korte als PDF herunterladen](#) (172 kB)

[nach oben](#)

Bauer: Demokratie und Ostdeutschland

Mit historischem Blick erörtert Manfred Bauer, Leiter der Koordinierungsstelle bürgerschaftliches Engagement in der Staatskanzlei Brandenburg, das Verständnis von Demokratie in Ostdeutschland. Eine andere Demokratiepraxis hat sich in Ostdeutschland aus seiner Sicht nicht etabliert. Allerdings zeigen sich in Brandenburg in Form der 1992 vom Volk bestätigten Verfassung und des bürgerschaftlichen Engagements bei mehreren Hochwassern und der Willkommenskultur eine teilhabeorientierte demokratische Praxis: »Wie sich diese Demokratie in Ostdeutschland weiter entwickeln wird, hängt auch von Rahmenbedingungen und einer Infrastruktur insgesamt ab, die der Staat den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellt und so Teilhabe ermöglichen wird.«

[Beitrag von Manfred Bauer](#) (HTML)

[Beitrag von Manfred Bauer als PDF herunterladen](#) (154 kB)

[nach oben](#)

Ebert: Engagiert für Demokratie

Welchen Beitrag kann bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Demokratie tatsächlich leisten? Das ist vor dem Hintergrund von engagiert-aktiver Vereinigungserfahrung und 20 Jahren Demokratie- und Engagementförderung in Sachsen-Anhalt das zentrale Thema des Beitrages von Olaf Ebert, Gründer und seit 20 Jahren Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. und Vorstandsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger. Ebert zeigt besondere Problemlagen in der Engagementinfrastruktur in Ostdeutschland auf und fordert eine abgestimmte Strategie zur Unterstützung demokratiefördernden Engagements und positiver Selbstwirksamkeitserfahrungen: »Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. In diesem Sinne ist bürgerschaftliches Engagement ein fundamentaler Bestandteil unserer Demokratie und eine wertvolle Ressource der Demokratiebildung.«

[Beitrag von Olaf Ebert](#) (HTML)

[Beitrag von Olaf Ebert als PDF herunterladen](#) (218 kB)

[nach oben](#)

Ulrich/ Zepp: Deutsche Transformationserfahrungen im Vergleich

Einen vergleichenden Blick auf deutsche Transformationserfahrungen werfen Dr. Anne Ulrich, Referentin für politische Bildung in der Heinrich-Böll-Stiftung, und Dr. Marianne Zepp, bis 2018 ebenda Referentin für Zeitgeschichte. Konkret vergleichen sie die Nachkriegserfahrung West nach 1945 mit der Vereinigungserfahrung Ost nach 1989. Dabei verdeutlichen sie die Wirkung einer Erfahrung der Delegitimierung aller bisherigen rechtlichen, sozialen, und ideologischen Rahmenbedingungen nach 1989. Diese Erfahrung wurde, anders als 1945, eine nur ostdeutsche, individuell zu bearbeitende Geschichte. Daraus entstandene Verwerfungen bedürfen verschiedener Anstrengungen. Diese reichen von einer breiteren Verankerung von Parteien in der Bevölkerung über Gesprächsformate bis hin zur Stärkung lokaler Ressourcen und Entscheidungsprozesse.

[Beitrag von Dr. Anne Ulrich und Dr. Marianne Zepp als PDF herunterladen](#) (207 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

Koalitionsantrag NRW: Zuwendungsrecht vereinfachen

In einem Antrag im Landtag Nordrhein-Westfalen vom 20. November 2018 (Drucksache 17/4302) fordern die Fraktionen von FDP und CDU dazu auf, das bisherige Zuwendungsrecht effektiv zu entbürokratisieren. Die Koalition möchte so beispielsweise die aufwendige Antragstellung vereinfachen sowie bestehende Probleme der Jährlichkeit für Zuwendungsempfänger*innen abbauen. Die Kulturförderung wird dafür als Pilotbereich vorgeschlagen, da gerade dort aufgrund der geringen Höhe der Zuwendungen die Diskrepanz zwischen bürokratischem Aufwand und finanziellem Ertrag besonders hoch sei.

[Antrag der Koalition](#) (PDF, 196 kB)

[nach oben](#)

Interkulturelles bürgerschaftliches Engagement: Fachveranstaltung

Am 10. Dezember 2018 findet die Fachveranstaltung »Interkulturelles bürgerschaftliches Engagement – Eine Frage des guten Willens?« in Berlin statt, veranstaltet von der Stiftung Unionhilfswerk Berlin, Give Something Back to Berlin und Paritätischem Berlin. Die Fachveranstaltung richtet die Perspektive auf Good Practice im interkulturellen bürgerschaftlichen Engagement. Gemeinsam mit den

Teilnehmenden sollen in Workshops Empfehlungen anhand von Praxisbeispielen entwickelt werden. Workshops finden statt zu den Themen: Ohne freiwilliges Engagement keine Kältehilfe, Geflüchtete engagieren sich für Geflüchtete, internationales Engagement im lokalen Umfeld sowie Rahmenbedingungen für interkulturelles Mentoring.

[Weitere Informationen zur Fachveranstaltung und zur Anmeldung](#)

[nach oben](#)

Collaborative Leadership Programm 2019

Das Collaborative Leadership Programm von Leadership Berlin – Netzwerk Verantwortung e.V. beginnt mit seiner Auftaktveranstaltung am 14./15. März 2019 und endet am 7. November 2019. Am Programm können 36 Führungskräfte teilnehmen, von denen 12 aus dem privatwirtschaftlichen, 12 aus dem öffentlichen und 12 aus dem Nonprofit-Bereich kommen. Mit dem Format sollen Begegnungsräume geschaffen werden für Multi-Stakeholder-Dialoge zu den Themen Diversity-Leadership Kompetenzen, gesellschaftliches Strukturenverständnis in allen drei Sektoren sowie zur Selbstreflexion der eigenen Organisationsentwicklung. Anmeldefrist für eine Teilnahme am Collaborative Leadership Programm 2019 ist der 30. November 2018.

[Weitere Informationen zum Leadership Programm 2019](#)

[nach oben](#)

Bürgerschaftsoffensive gegen Neonazi-Festivals im ländlichen Raum

Am 9. November 2018 wurden sechs Initiativen und eine Kommune mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2018 ausgezeichnet. Der Preis würdigt herausragendes Engagement von Initiativen und Kommunen gegen Rechtsextremismus, für Menschenrechte und eine demokratische Kultur in Sachsen. Der Kommunenpreis 2018 geht an die Zivilgesellschaft in Ostritz, wo unter anderem Vertreter*innen des ehrenamtlichen Organisationsteams der lokalen Friedensfeste und des Internationalen Begegnungszentrums St. Marienthal gemeinsam Bemühungen entgegentraten, den Ort zu einem rechtsextremen Eventzentrum zu machen.

[Festschrift zur Verleihung des Kommunenpreises](#)

[nach oben](#)

Studienbericht »Nachbarschaftskulturen«

Im Rahmen des Projektes »Die Teilgeber – Teilhabe und Teilgabe von Migranten und Flüchtlingen in Nachbarschaft und Stadtteil« des Münchener Nachbarschaftstreffs wurden Migrant*innen und Neuzugewanderte zu ihren Nachbarschaftskulturen im Herkunftsland und in München befragt. Die vom Verein für Sozialarbeit unterstützte Studie soll zeigen, welche Bedeutung Nachbarschaft und Nachbarschaftsarbeit für die Integration und Teilhabe von Zugewanderten haben und wie durch niedrigschwellige Engagement- und Teilhabemöglichkeiten Räume für politisches Lernen und demokratische Prozesse eröffnet werden können. Der Studienbericht endet mit Handlungsempfehlungen, um den Zusammenhalt in vielfältigen, sich verdichtenden Nachbarschaften zu gewährleisten und gegebenenfalls zu verbessern. Gefördert wird das Projekt vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem Sozialreferat der Landeshauptstadt München.

[Weitere Informationen und Download Studienbericht](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Haushalt des federführenden Bundesengagementministeriums

Mit dem Ende der Haushaltsberatungen wurde auch sichtbar, welche engagementpolitischen Aktivitäten im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) abgesichert beziehungsweise erhöht werden. Um in die politische und internationale Jugendarbeit zu investieren, wird der Kinder- und Jugendplan um 11,5 Millionen Euro auf 205 Millionen Euro erhöht. Gegründet wird 2019 die Deutsche Engagementstiftung (DES). Das Programm »Demokratie leben!« wird über 2019 hinaus fortgesetzt. Mit 115 Millionen Euro in 2019 sollen die bestehenden Projekte weiter auf gleichem Niveau finanziert werden. Für Freiwilligendienste stehen zusätzlich 65 Millionen Euro zur Verfügung und damit insgesamt knapp 328 Millionen Euro. Freiwilligendienste sollen unabhängig werden vom Geldbeutel oder der Herkunft der Eltern und auch stärker für Menschen mit Behinderungen offen sein.

[Pressemitteilung des BMFSFJ](#)

[nach oben](#)

Dritter Engagementbericht beauftragt

Am 8. November 2018 hat Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey die neue Sachverständigenkommission im Rahmen der konstituierenden Sitzung beauftragt, den Dritten Engagementbericht zu erstellen. Unter dem Titel »Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter« soll der Bericht das Engagement junger Menschen im digitalen Zeitalter in den Blick nehmen, aktuelle Trends analysieren und Empfehlungen für die Engagementpolitik formulieren. Mitglieder der Kommission sind Prof. Dr. Jeanette Hofmann, Freie Universität Berlin, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (Vorsitzende), Prof. Dr. Christoph Bieber, Universität Duisburg-Essen, Jun.-Prof. Sascha Dickel, Universität Mainz, Prof. Dr. Martin Emmer, Freie Universität Berlin, Prof. Dr. Cathleen Grunert, FernUniversität Hagen, Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Dr. Gesche Joost, Universität der Künste Berlin, Prof. Dr. Heinz Reinders, Universität Würzburg und Prof. Dr. Wibke Riekmann, Medical School Hamburg.

[Weitere Informationen zur Beauftragung](#)

[nach oben](#)

Wiedervorlage Gemeinnützigkeit von Freifunk-Initiativen

Der Bundesrat hat am 23. November 2018 erneut einen Gesetzesentwurf zur »Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk«-Initiativen beschlossen. Der gleichlautende Beschluss von März 2017 war nicht mehr vom letzten Bundestag abschließend behandelt worden. Gestellt hatten den Antrag die Länder Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Freifunk-Initiativen bieten ehrenamtlich in vielen Kommunen offene und freie WLAN-Infrastrukturen auf lokaler Ebene und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur digitalen Teilhabe. Markus Beckedahl von netzpolitik.org dazu: »Jetzt also ein neuer Start, der dringend notwendig ist.«

[Bericht in netzpolitik.org](#)

[nach oben](#)

Verkehrspolitische Rache an DUH via Gemeinnützigkeitsrecht?

Wenn Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Greenpeace oder Robin Wood mit Aktionen zivilen Ungehorsams in Erscheinung treten, melden sich standardmäßig aus dem politischen Raum immer wieder Stimmen, diesen Organisationen die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Neu ist, dass sich eine Organisation, die dem Rechtsstaat einfach durch Klagen vor Gericht dazu verhilft, Recht zu wahren, solchen politisch formulierten Ansinnen ausgesetzt sieht: die Deutsche Umwelthilfe (DUH) mit ihren Klagen gegen Kommunen, Staat und

Autoindustrie. Eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit fordert laut Handelsblatt der CDU-Bezirksverband Nordwürttemberg von Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger mit einem Antrag an den Bundesparteitag der CDU. Auch die Aberkennung der Verbandsklagebefugnis solle angestrebt werden. Dazu erklärt Stefan Diefenbach-Trommer, Vorstand der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«, einem Zusammenschluss von mehr als 80 Vereinen und Stiftungen:
»Gemeinnützigkeit ist keine Gnade, die Parteien gewähren, sondern ein Status, der auf Grundlage von Gesetzen von Finanzämtern festgestellt oder aberkannt wird.«

[Erklärung der Allianz »Rechtssicherheit für politische Willensbildung«](#)

[nach oben](#)

Fehlerkorrektur: Link zur Bilanz des Freiwilligendienstes »weltwärts«

Im BBE-Newsletter 23 führte der Link unter dem Teaser zur Kleinen Anfrage zur Bilanz des Freiwilligendienstes »weltwärts« nicht zur Antwort der Bundesregierung (die die Kleine Anfrage mit enthält), sondern nur auf die ursprüngliche Kleine Anfrage. Der richtige Link ist hier angefügt.

[Antwort der Bundesregierung](#) (PDF, 505 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

19. Mitgliederversammlung des BBE

Am 23. November 2018 fand die 19. Mitgliederversammlung des BBE statt. Friedemann Walther begrüßte für die Senatskanzlei Berlin die Mitglieder in den Räumen des Roten Rathauses in Berlin. Zu Beginn sprach als Gastredner Jean-Marc Roirant, Präsident des European Civic Forums, über die Zukunft der europäischen Zivilgesellschaft und Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit. Im Fokus der Mitgliederversammlung standen im Anschluss der Austausch und Beschluss über die Agenda des BBE in den Jahren 2019-2021 in Verbindung mit der Einsetzung von 15 Themenfeldern mit 7 Arbeitsgruppen, 7 Themenpat*innenschaften und einem Beauftragten. Zudem wählte die Mitgliederversammlung die »Mitglieder« für den 7. BBE-Koordinierungsausschuss, der sich am 15. Februar 2019 konstituieren wird. Neben den gewählten Mitgliedern setzt sich der Koordinierungsausschuss aus Vertreter*innen der BBE-AGs und aus gesetzten Organisationen laut Netzwerkstatuten zusammen. Der Termin für die nächste Mitgliederversammlung wurde auf den 22. November 2019 festgelegt. Die nächste Woche des bürgerschaftlichen Engagements findet vom 13. bis 22. September 2019 statt.

[Weitere Informationen zur Mitgliederversammlung 2018](#)

[Kurzpapier zu den beschlossenen Themenfeldern](#)

[Netzwerk-Statuten und Geschäftsordnungen des BBE](#)

[nach oben](#)

Neue Mitglieder im BBE

Das BBE begrüßt 12 neue Mitglieder, die bei der 19. BBE-Mitgliederversammlung am 23. November 2018 aufgenommen wurden. Zu den neuen stimmberechtigten Mitgliedern gehören: AKTIVOLI – Landesnetzwerk Hamburg e. V. (Sitz: Hamburg), Anne-Frank-Zentrum e. V. (Sitz: Berlin), Der Nationale Geistige Rat der Bahá'í in Deutschland Bahá'í-Gemeinde in Deutschland K.d.ö.R. (Sitz: Berlin), Helpteers (Sitz: Erkrath), Open Petition gGmbH (Sitz: Berlin), Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V. (Sitz: Berlin), Werk21 Kommunikation GmbH (Sitz: Berlin). Als kooperierende Mitglieder wurden aufgenommen: Arbeit und Leben – DGB/VHS Berlin-Brandenburg e. V. (Sitz: Berlin), Cornelia Coenen-Marx (Einzelmitglied), Elizabeth Kaneza (Einzelmitglied), Kleeblatt Rheine e. V., Sitz: Rheine, Prof. Dr. Andrea Walther (Einzelmitglied).

[Liste der Mitglieder des BBE](#)

[nach oben](#)

Jahresempfang 2018 des BBE

Am Vorabend der Mitgliederversammlung des BBE fand am 22. November 2018 der Jahresempfang statt. Über 100 Mitglieder, Partner*innen und Freund*innen des Netzwerkes, darunter auch einige Mitglieder des Bundestags, folgten der Einladung ins Rote Rathaus Berlin. Sawsan Chebli, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, begrüßte die Gäste und bedankte sich bei den Engagierten für ihr Engagement. Staatssekretärin Juliane Seifert, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), hob in ihrer Rede die gute Zusammenarbeit zwischen BMFSFJ und BBE wertschätzend hervor und forderte einen Weg von »Demokratie to go« hin zu einer »Demokratie to make«. Im Anschluss bestand wieder ausreichend Zeit für Vernetzung und Informationsaustausch im Netzwerk.

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

»Jugendkulturen & Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«: Fachtag

Am 13. Dezember 2018 findet der Fachtag »Jugendkulturen und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Schwerpunkt Antisemitismus« in Berlin statt, veranstaltet vom Archiv der Jugendkulturen e. V.. Nach einem Vortrag zum Thema »Mach doch keine Judenaktion!« von Prof. Dr. Julia Bernstein, Professorin für soziale Ungleichheiten und Diskriminierungserfahrungen, Frankfurt University of Applied Sciences, und einem Panel zu »Antisemitismus in Jugend- und Popkulturen« sollen die diesjährige Arbeit im Bundesprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« des Archivs der Jugendkulturen resümiert, konkrete Ergebnisse vorgestellt und diskutiert werden. Über Anmeldung wird bis zum 10. Dezember 2018 gebeten.

[Weitere Informationen zum Fachtag des Archivs der Jugendkulturen](#)

[nach oben](#)

DRK-Wohlfahrtskongress 2019

Vom 31. Januar bis zum 1. Februar 2019 findet der DRK-Wohlfahrtskongress 2019 in Berlin statt. Gemeinsam sollen auf dem Wohlfahrtskongress des Deutschen Roten Kreuzes aktuelle Debatten um gesellschaftlichen Wandel, Veränderung und Innovation aufgegriffen und die Frage gestellt werden: Was braucht es für eine zukunftsfähige Wohlfahrtspflege? Teilnehmende können sich aus insgesamt 26 Foren aus den Themenschwerpunkten Angebotsentwicklung, Organisationsentwicklung und Profilentwicklung in der Freien Wohlfahrtspflege ihr individuelles Programm zusammenstellen. Anmeldefrist ist der 9. Januar 2019.

[Weitere Informationen zum DRK-Wohlfahrtskongress](#)

[nach oben](#)

»Aktiv werden! Für Demokratie - gegen Ausgrenzung«: Weiterbildung

Die Diakonie Deutschland bietet in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie Kirche und Diakonie (BAKD) die Weiterbildung »Aktiv werden! Für Demokratie - gegen Ausgrenzung« an. Diese Weiterbildung ist Teil des Projekts »Vielfalt gestalten – Ausgrenzung widerstehen« des seit Sommer 2018 neu bestehenden sozialpolitischen Zentrums Engagement, Demokratie und Zivilgesellschaft der Diakonie Deutschland. Die Weiterbildung wird 2019 an zwei Standorten angeboten: März-Oktober 2019 Berlin, April-Oktober 2019 Hösbach (bei Würzburg). Ziel ist es, arbeitsfeldübergreifend Mitarbeitende und Fachkräfte als Multiplikator*innen zu qualifizieren, damit sie selbstbewusst gegen Ausgrenzung und für eine

demokratische und vielfältige Gesellschaft eintreten können. Anmeldeschluss ist der 13. Februar 2019.

[Weitere Informationen zur Fortbildung](#) (PDF, 536 kB)

[Weitere Informationen zum Projekt](#)

[nach oben](#)

»MITEINANDER REDEN«: Ideenwettbewerb

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) fördert im Rahmen des Programms MITEINANDER REDEN die Umsetzung von Projekten zu Themen aus Politik, Bildung, Medien, Kultur oder Gesellschaft im ländlichen Raum. Gesucht werden Ideen zur Gestaltung neuer Formen von lebendiger und streitbarer Gesprächskultur. Dabei soll respektvolles Miteinander ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung rücken. Abgerufen werden können Unterstützungsleistungen für Projektmanagement, Beratung und Prozessbegleitung sowie Fördermittel für kleine, mittlere und größere Projekte sowie für vier länderübergreifende Sonderprojekte. Bewerben können sich Einzelpersonen, Bildungs- und Kulturträger*innen, Vereine, Initiativen, Netzwerke, Bürgermeister*innen, Kommunalvertreter*innen, Ortsvorsteher*innen, Gemeindeverbände und -kooperationen und Unternehmen aus Ortsteilen, Städten und Gemeinden mit nicht mehr als 15.000 Einwohner*innen bis zum 20. Januar 2019.

[Weitere Informationen Ideenwettbewerb MITEINANDER REDEN](#)

[nach oben](#)

»Zivilgesellschaftliche Watchdogs«: Forschungsjournal

Das Forschungsjournal Soziale Bewegungen beschäftigt sich in seiner aktuellen Ausgabe mit dem Schwerpunkt »Zivilgesellschaftliche Watchdogs. Wirksame Machtkontrolle?« (Heft 3/ September 2018). Das politische System ist aus sich heraus nicht mehr in der Lage, alle Formen der Machtausübung ausreichend zu kontrollieren. Mit den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich jedoch auch Potenziale der Machtkontrolle entwickelt – es muss nicht mehr allein auf staatliche Akteure vertraut werden. Mit »Watchdogs« ist eine ergänzende Form der gesellschaftlichen Machtkontrolle seitens der Zivilgesellschaft entstanden. Die Autor*innen beleuchten in ihren Beiträgen ergänzend auch die Watchdog-Funktion von Medien, staatsnahe Watchdog-Organisationen sowie neue Kooperationsformen von Konsum-Watchdogs im Internet.

[Weitere Informationen zum Forschungsjournal Heft 3/ September 2018](#)

[nach oben](#)

»Gesellschaftlicher Zusammenhalt«: Publikation

Die Schriftenreihe »Wissen schafft Demokratie« widmet sich im Heft 3/2018 dem Schwerpunkt »Gesellschaftlicher Zusammenhalt«. Durch die Analyse von Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, durch Wissensvermittlung, aber auch über Handlungsempfehlungen möchte die Publikation Menschen unterstützen, die sich mit folgenden oder ähnlichen Fragen beschäftigen: Wie kann der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gelingen? Wie wird gesellschaftlicher Zusammenhalt in den aktuell gesellschaftspolitisch unruhigen Zeiten verhandelt? Was sind seine Herausforderungen? Die Publikation gliedert sich in die Themenbereiche: Herausforderungen sichtbar machen; Rassismus, Diskriminierung und soziale Ungleichheit; Demokratie und Jugend sowie Alte und Neuen Rechte und kann kostenlos heruntergeladen werden.

[Weitere Informationen zum Heft 3/2018 und Download](#)

[nach oben](#)

Lexikon Direkte Demokratie: Publikation

Das »Lexikon Direkte Demokratie in Deutschland« von Andreas Kost und Marcel Solar (Hrsg.) legt die grundlegenden Begrifflichkeiten des Themenfeldes »Direkte Demokratie in Deutschland« dar. Die einzelnen Stichwörter werden in alphabetischer Reihenfolge kurz dargestellt. In einzelnen Artikeln werden Begriffe und Konzepte, die von zentraler Bedeutung sind, von Expert*innen ausführlicher beschrieben. Mit dem Lexikon soll den Leser*innen eine breite Grundlage im Themenfeld geschaffen werden, um sich differenziert mit der Thematik auseinanderzusetzen und sich den zugrundeliegenden Begriffen klar und präzise zu bedienen.

[Weitere Informationen zur Publikation](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie auf der [Webseite des BBE](#).

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 13. Dezember 2018.

Redaktionsschluss ist der 5. Dezember 2018.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteur*innen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leser*innen zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel, Jana Börsdamm und Maren Wegener.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

– Geschäftsstelle –

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

